

Die Welt braucht gleichberechtigte Frauen

Die Hälfte der Weltbevölkerung sind Frauen und Mädchen. Sie leisten in ihren Gesellschaften einen erheblichen, meist unbezahlten Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt und versorgen ihre Familien und Gemeinden.

Kein Land der Welt kann es sich leisten, dauerhaft das Potenzial der Frauen – also der Hälfte seiner Bevölkerung – zu vernachlässigen.

Aber oft erfahren sie in Entwicklungsländern Benachteiligung, Ausbeutung, Gewalt und Ausgrenzung. Viele Frauen sind von den Männern mit ihren Kindern allein gelassen, müssen also für das Überleben ihrer Familie sorgen. Armut hat ein weibliches Gesicht: 70 Prozent der extrem armen Menschen sind Frauen. Und auch ansteckende Krankheiten wie Tuberkulose haben ein weibliches Gesicht. Selbst HIV/AIDS wird immer weiblicher: etwa 75 Prozent aller Neuinfizierten in Afrika südlich der Sahara sind Mädchen und Frauen. Schon als Mädchen sind sie im Bildungs- und Gesundheitsbereich benachteiligt. Frauen haben in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern keine Landrechte, keine Besitz- und Erbrechte. Viele Frauen haben kein Wahlrecht und kein Prozessrecht, weil sie als Mädchen nicht ins Geburtenregister eingetragen worden sind. Ihre Würde, ihr Recht auf freie Wahl des Ehepartners und ihre Rechte der sexuellen Selbstbestimmung werden häufig verletzt. Dort wo Mädchen abgetrieben wurden, wie in vielen asiatischen Ländern, fehlen sie nun als Frauen. Das begünstigt den Menschenhandel mit Mädchen und Frauen für die Zwangsprostitution oder Zwangsverheiratung.

Frauen: Gleiches Recht in Politik, Verwaltung und Justiz

In den meisten Entwicklungsländern sind Frauen weit davon entfernt, an wichtigen Entscheidungen in Politik und Verwaltung teilzuhaben. Politikerinnen sind wichtige Vorbilder, die andere Frauen dazu ermutigen, auch an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Quotenregelungen und gleichberechtigter Zugang zu Wahlsystemen sind entscheidend, um die politische Partizipation von Frauen zu verbessern.

Frauen brauchen Rechtssicherheit vor allem im Erb- und Familienrecht, aber auch im häuslichen Bereich. Männer, die ihnen Gewalt antun, müssen verfolgt, verurteilt und bestraft werden. Und Frauen brauchen Schutzräume wie Frauenhäuser, in denen sie vor weiteren Übergriffen sicher sind. Aber auch die gesetzlichen Regelungen, die oft von patriarchalen Werten geprägt sind und nicht die Belange von Frauen berücksichtigen, müssen reformiert werden.

Alle gesellschaftlichen Regelungen müssen nach dem Prinzip des Gender Mainstreaming verfasst und überprüft werden.

Frauen in der Gesellschaft

Die gesellschaftliche Stellung der Frauen ist entscheidend für die Gesundheit ihrer Familien, für den Bildungsstand der Kinder, für den nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und damit auch für die wirtschaftliche Entwicklung ganzer Regionen. So steigt die Lebenserwartung von Kindern mit dem Bildungsniveau der Mütter. Wenn Frauen erneuerbare Energien und umweltschonende Technologien nutzen, können sie zum Beispiel schon beim Kochen mit Solarkochern statt mit gesammeltem Brennholz den Wald schonen, die CO₂-Belastung mindern und die gewonnene Zeit für Bildung oder Wirtschaftsentwicklung nutzen.

Zu Bildung gehört aber nicht nur die Grundschulbildung, sondern auch, dass Mädchen weiterführende Schulen und Universitäten besuchen können, dass sie Berufsausbildung



Gleichberechtigung in der Einen Welt ist Arbeit ohne Kinderarbeit, zu guten Löhnen bei guten Arbeitsbedingungen: dafür wollen auch wir mehr Geld für unsere Kleidung zahlen

bekommen und anschließend gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt. Noch sieht die Realität anders aus. Ein besonders drastisches Bild der Situation der Frauen zeigt sich im Afrika südlich der Sahara: 50,3 Prozent der Bevölkerung sind Frauen, aber nur 27 Prozent der gesamten bezahlten Arbeit wird von den Frauen geleistet. Dafür übernehmen sie dort 75 Prozent der unbezahlten Arbeit. Das muss sich ändern!

Dadurch, dass Frauen überwiegend im informellen Sektor beschäftigt sind, verfügen sie weder über sozialen Schutz noch über einen gleichberechtigten Zugang zu Medikamenten und Gesundheitsdienstleistungen. Deshalb ist gerade für Frauen ein Sozialschutzsystem im wahrsten Sinne des Wortes überlebenswichtig. Alle Initiativen zum Aufbau und zur Stärkung sozialer Sicherungssysteme müssen daher unter konsequenter Berücksichtigung der besonderen Belange von Frauen organisiert werden. Dies gilt auch für die Ausgestaltung und Umsetzung von internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz von Frauen und internationale Konventionen zur Förderung der

Gleichstellung sind auf allen Ebenen konsequent umzusetzen, beispielsweise bei der Implementierung der ILO-Konvention 189 zum Schutz von Hausangestellten.

Finanzielle Unabhängigkeit können Frauen auch mit Kleinkrediten erreichen, die ihnen den Weg in die Selbständigkeit erleichtern. Dieses Instrument muss weiter ausgebaut werden. Allerdings muss bei der Förderung der Selbständigkeit von Frauen sorgfältig darauf geachtet werden, dass Frauen ein Familieneinkommen erreichen können, dass ihnen und ihren Kindern Wohnen, Gesundheit und Bildung ermöglicht. Zudem müssen Frauenorganisationen anerkannt und gefördert werden, die helfen, die traditionellen, oft patriarchalisch geprägten Rollenverständnisse und gesellschaftliche Umgangsformen zu überwinden. Ziel ist es, die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe der Frauen zu gewährleisten.

Frauen und Gewalt

Eine verheerende Form von Gewalt ist die weibliche Genitalverstümmelung, von der weltweit 140 Millionen Frauen und Mädchen betroffen sind. Weibliche Genitalverstümmelung muss international geächtet und unter Strafe gestellt werden. Darauf muss die Bundesregierung auch in Regierungsverhandlungen mit Partnerstaaten hinwirken und die Partnerregierungen in der Implementierung eines Straftatbestandes Genitalverstümmelung beraten und unterstützen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher einen Gesetzentwurf zur Strafrechtsänderung in den Bundestag eingebracht, der Genitalverstümmelung zum Verbrechen hochstuft und sie in den Katalog der Auslandstaten gegen inländische Rechtsgüter aufnimmt. Traditionell begründete Gewalt, familiäre und sexuelle Gewalt mit erzwungenen Schwangerschaften sind in den Ländern, in denen Frauen rechtlos sind, in denen Frauen und Mädchen nicht als gleichwertige Menschen behandelt werden, besonders häufig.

Weltweit besonders betroffen von jeder Form von Gewalt und Ausgrenzung sind Frauen und Mädchen mit Behinderung, aus indigenen Gruppen und Minderheiten oder Frauen und Mädchen, die auf der Straße arbeiten und leben.

Es gibt aber Entwicklungen und Beispiele, die Frauen ermutigen können:

Das Beispiel der jungen Inderin, die von mehreren Männer öffentlich zu Tode vergewaltigt und geprügelt wurde, zeigt diese Gewaltrealität. Die spontanen großen Protestdemonstrationen der Frauen und – zögernd – der Männer, Anklage und Prozesse gegen die Täter zeigen aber auch, dass unter öffentlichem Druck ein Umdenken erfolgt. Dies zeigt ebenfalls, wie wichtig internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung für die Frauen sind.

In bewaffneten Konflikten und auf der Flucht müssen Frauen und Mädchen zusätzlich leiden als Opfer systematischer sexueller Gewalt. Dagegen wendet sich die UN-Resolution 1325, die jedoch noch nicht alle Staaten ratifiziert haben.

Frauen und ihre sexuellen Rechte – Familienplanung und Gesundheit

Mehr als 350.000 Frauen sterben jährlich an den Folgen einer Schwangerschaft oder Geburt. Die hohe Müttersterblichkeit ist vor allem ein Problem in den Entwicklungsländern. Mindestens 42 Prozent aller Frauen in Entwicklungsländern werden während einer Schwangerschaft nicht fachkundig betreut - etwa durch einen Arzt, eine Krankenschwester oder eine Hebamme. Lediglich 40 Prozent der Geburten in diesen Ländern finden in medizinischen Einrichtungen statt. Deshalb ist der gleichberechtigte Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen überlebenswichtig für Frauen und Mädchen. Frühe Zwangsverheiratung und Schwangerschaften im Teenageralter gefährden nicht nur die Persönlichkeitsentwicklung von Mädchen, sondern gefährden ganz konkret ihr Leben durch Verbluten bei der Geburt. Scheidenfisteln und Inkontinenz, eine Folge früher Schwangerschaften und Geburten, führen zu gesellschaftlicher Ächtung und Ausgrenzung.



Gleichstellung ist Recht auf selbstbestimmte Familienplanung und betreute Schwangerschaft

Frauen und Mädchen müssen das Recht für ihren Körper und ihre Sexualität haben. Sie müssen frei über Kinderwunsch und den Zeitpunkt einer Schwangerschaft entscheiden dürfen sowie Zugang zu Informationen über Familienplanung und zu Verhütungsmitteln erhalten.

Verhütungsmittel sind zugleich das wichtigste Instrument im Kampf gegen HIV/Aids und andere sexuell übertragbare Krankheiten. Eine besondere Herausforderung stellt die Mutter-Kind-Übertragung von HIV dar: Im Jahr 2010 wurden 390 000 Kinder infiziert, davon 90 Prozent durch die infizierte Mutter - während der Geburt oder über die Muttermilch. Mütter wissen entweder gar nichts von ihrer Erkrankung oder sie werden nicht richtig über das notwendige Verhalten aufgeklärt oder eine Behandlung hat aus Kostengründen nicht stattgefunden.

Um eine Generation frei von HIV/Aids bis 2015 zu ermöglichen, müssen alle Anstrengungen gebündelt werden. Das bedeutet, bis 2015 die Mutter-Kind-Übertragungen zu stoppen.

Klare Forderungen für die Entwicklungszusammenarbeit

In der Entwicklungszusammenarbeit müssen national und international, in der Europäischen Union und in den Vereinten Nationen alle entwicklungspolitischen Maßnahmen darauf ausgerichtet sein, dass die Belange von Frauen und Mädchen angemessene Berücksichtigung finden. Dazu gehört auch die verlässliche Finanzierung. Dafür tritt die SPD ein und fordert von der Bundesregierung:

- bei Regierungsverhandlungen die internationalen Übereinkommen über die Rechte der Frauen zu achten und das Empowerment von Frauen und den Einsatz von Gender Mainstreaming durch die Partnerregierungen in den Mittelpunkt der Zusammenarbeit zu stellen und den Gender-Aktionsplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der 2012 endete, unbedingt fortzuführen;
- die Partnerländer in Gesetzgebungsprozessen in den Bereichen Erbrecht, Landrecht, Frauenquote sowie häusliche Gewalt, Geburtenregistrierung und Familienrecht zu beraten und zu unterstützen;

- sich dafür einzusetzen, dass beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme sowie in internationalen Handelsbeziehungen und wirtschaftlichen Aktivitäten die besonderen Belange von Frauen berücksichtigt werden.
- dem Zugang von Frauen zu finanziellen und produktiven Ressourcen (wie Krediten, Land, Saatgut, Fortbildung) in allen Programmen der ländlichen Entwicklung hohe Priorität einzuräumen;
- Wasser- und Sanitärversorgungsprogramme der Entwicklungszusammenarbeit noch stärker an den Bedürfnissen von Frauen auszurichten;



Gute Bildung: der Schlüssel zu Gleichberechtigung und Teilhabe

- die gesundheitliche Versorgung von Frauen und Mädchen inklusive umfassendem Zugang zu Dienstleistungen der Familienplanung wie Verhütungsmitteln und Aufklärung auch über HIV/Aids und andere sexuell übertragbare Krankheiten zu gewährleisten;

- dem Zugang von Frauen zu Berufsausbildung, zu höherer Bildung, insbesondere Hochschulbildung hohe Priorität einzuräumen und verstärkt Programme zur Aufklärung und Überwindung von gesellschaftlichen Geschlechterrollen zu unterstützen;
- bei der Stärkung von Frauen eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und bestehenden Frauengruppen vor Ort zusammenzuarbeiten und deren Kompetenz einzubeziehen.

Für die Umsetzung dieser Forderungen ist Verlässlichkeit bei der Finanzierung notwendig: für die Partnerländer und die dort arbeitenden zivilgesellschaftlichen Organisationen und für die internationalen Organisationen wie den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen UNFPA, IPPF oder den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria GFATM. Die SPD schlägt hierfür auch innovative Finanzierungsinstrumente vor, einschließlich einer Finanztransaktionssteuer.

Die Welt braucht gleichberechtigte Frauen

Gleichberechtigung ist unteilbare menschenrechtliche Verpflichtung, aber nicht nur das. Sie ist für die positive Entwicklung von Gesellschaften unabdingbar, rettet Leben und verringert Armut. Sie ist der Schlüssel zu Entwicklung: dort, wo Frauen weitgehend gleichberechtigt leben können, entwickeln sich Gesellschaften, das Wirtschaftswachstum steigt und Armut wird verringert. Weil sie der Antrieb für Entwicklung sind. - Und weil sie das Recht dazu haben.

Weitere Informationen:

- Eine Welt, eine Zukunft – Für eine nachhaltige und fortschrittliche sozialdemokratische Entwicklungspolitik (dokumente 2/13) www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen

Unsere aktuellen Anträge im Bundestag können Sie unter www.spdfraktion.de herunterladen.

- 17/12379 Antrag Ernährung sichern, (Über-)Lebensbedingungen in Entwicklungsländern strukturell verbessern – Ländliche Entwicklung als Schlüssel zur Bekämpfung von Hunger und Armut
- 17/8903 Antrag Gleichberechtigung in Entwicklungsländern voranbringen

- 17/7021 Antrag Einrichtung eines Weltmädchentages der Vereinten Nationen

- 17/12374 Gesetzentwurf Strafrechtsänderungsgesetz – Wirksame Bekämpfung der Genitalverstümmelung

- 17/11319 Antrag Transparenz für soziale und ökologische Unternehmensverantwortung herstellen – unternehmerische Pflichten zur Offenlegung von Arbeits- und Umweltbedingungen auf europäischer Ebene einführen

- 17/7358 Antrag Soziale Sicherung als Motor solidarischer und nachhaltiger Entwicklungspolitik

- 17/10096 Antrag Für eine Generation frei von Aids/HIV bis 2015 - Anstrengungen verstärken und Zusagen in der Entwicklungspolitik einhalten

- 17/8926 Antrag Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit - Behindertenrechtskonvention umsetzen und Entwicklungszusammenarbeit inklusiv gestalten

- 17/6484 Antrag Für eine bessere Bildungssituation weltweit

- 17/8926 Antrag Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit - Behindertenrechtskonvention umsetzen und Entwicklungszusammenarbeit inklusiv gestalten

- 17/2135 Antrag Deutschlands Verantwortung für die Gesundheit in Entwicklungsländern - Vernachlässigte Krankheiten bekämpfen, Kinder- und Müttersterblichkeit verringern und Globalen Fonds stärken

- 17/9553 Antrag Neuausrichtung der Europäischen Entwicklungspolitik für mehr Kohärenz und wirksame Armutsbekämpfung

- 17/2018 Antrag Herausforderung Millenniums-Entwicklungsziele

Ihre Ansprechpartnerin



Karin Roth, MdB

Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Sprecherin der SPD-Fraktion im Unterausschuss Gesundheit in Entwicklungsländern

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030 / 227 75247
Telefax 030 / 227 76391
E-Mail: karin.roth@bundestag.de

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTÄRISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHSARBEIT
TEXT & REDAKTION: RUTH MÖLLER | STAND: APRIL 2013

FOTOS: © BILDERBOX.COM (S. 6), T. DOM/TERRA DES HOMMES (S. 3/4), D. FUCHS-SCHMITZ/TERRA DES HOMMES (S. 8)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIEN
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Gleichberechtigung in Entwicklungsländern voranbringen

Ohne starke Frauen keine Entwicklung

EINE FRIEDLICHE, FREIE UND GERECHTE WELTORDNUNG

